

Richtlinie „Einzelbetriebliche Förderung zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von Klein- und Kleinstunternehmen in Mannheim“
Zielgruppen: Unternehmen der Kreativwirtschaft und technologieorientierte Unternehmen
Fassung vom 14.07.2014

KREATECH – Zuschussprogramm für Klein- und Kleinstunternehmen der Kreativwirtschaft und mit Technologieorientierung

1. Allgemeines

1.1. Rechtliche Grundlagen

Die in den Allgemeinen Richtlinien der Stadt Mannheim über die Gewährung von Zuschüssen vom 01.04.2011 getroffenen Regelungen werden durch diese speziellen Richtlinien ergänzt. Bei sachlich-inhaltlichen Abweichungen gehen die Regelungen der speziellen Richtlinien denen der Allgemeinen Zuschussrichtlinien vor.

1.2. Zuwendungszweck

Die Stadt Mannheim gewährt finanzielle Zuwendungen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von Kleinst- und Kleinunternehmen in Mannheim aus der Kreativwirtschaft¹ oder mit Technologieorientierung² insbesondere zur Sicherung der bestehenden und Schaffung neuer sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze in Mannheim.

2. Gegenstand der Förderung

Ein Investitionsvorhaben kann gefördert werden, wenn durch das Vorhaben ein wesentlicher Beitrag zur Sicherung bestehender Arbeitsplätze zu erwarten ist oder neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze in Mannheim geschaffen werden. Bei Gründungsvorhaben können auch die Arbeitsplätze der Gründungspersonen in gleichem Maße gefördert werden, wenn sie höchstens 6 Monate vor Antragstellung entstanden sind.

Förderfähig sind Sachinvestitionen für

- die Gründung,
- eine Erweiterung,
- für den Umweltschutz,
- für Modernisierung und Bestandsicherung des Unternehmens.

¹ angelehnt an die Definition nach Beschluss der Wirtschaftsministerkonferenz vom 14./15. Dezember 2009 (nachzulesen unter <http://www.kultur-kreativ-wirtschaft.de>)

² angelehnt an die Definition des ZEW-Gründungspanel für Technologieunternehmen:

Zu den Technologieunternehmen zählen Unternehmen aus Wirtschaftszweigen des verarbeitenden Gewerbes mit einer FuE-Intensität (= FuE-Aufwendungen/Umsatz) von mehr als 3,5 Prozent sowie die technologieintensiven Dienstleistungen (z.B. Fernmeldedienste, Datenverarbeitung, FuE-Dienstleister, Architektur- und Ingenieurbüros).

Von einer Förderung ausgeschlossen sind Investitionen in

- Fahrzeuge (Kfz, LKW),
- gebrauchte Wirtschaftsgüter sowie
- Dekorationsgegenstände.

3. Zuwendungsempfänger:

Zuwendungsempfänger des Programms sind Klein- und Kleinstunternehmen der Kreativwirtschaft oder mit Technologieorientierung mit Hauptsitz in Mannheim. Es gilt die Definition der Europäischen Kommission für kleine Unternehmen in der Empfehlung 2003/361/EG vom 06.05.2003, ABI L 124 vom 20.05.2003, S. 36 ff..

Als Klein- und Kleinstunternehmen gelten danach Unternehmen mit weniger als 50 Mitarbeitern, deren Jahresumsatz oder Bilanzsumme die 10 Mio. Euro nicht übersteigt.

4. Zuwendungsvoraussetzungen

Die Förderung beschränkt sich auf in 2. genannte Investitionsvorhaben von Klein- und Kleinstunternehmen aus den unter 3. genannten Zielgruppen im gesamten Stadtgebiet von Mannheim.

5. Art und Umfang, Höhe der Zuwendung

Beihilferechtlich handelt es sich bei der Förderung im Rahmen des Zuschussprogramms um eine „De-minimis“-Beihilfe im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen, veröffentlicht im Amtsblatt der EU L352 vom 24. Dezember 2013.

Sie besteht aus einem Investitionszuschuss und einem Arbeitsplatzbonus nach Maßgabe der verfügbaren Mittel.

Die Zuwendung erfolgt durch einen nicht rückzahlungspflichtigen Zuschuss von bis zu 25% des förderfähigen Investitionsvolumens. Zusätzlich wird ein Bonus von jeweils 2.500 Euro für jeden neu geschaffenen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz in Mannheim bzw. jeden neu geschaffenen Ausbildungsplatz in Mannheim gewährt. Bei Gründungsvorhaben können auch die Arbeitsplätze der Gründungspersonen in gleichem Maße gefördert werden, wenn sie höchstens 6 Monate vor Antragstellung entstanden sind.

Die gesamte Zuwendung ist auf max. 50 % des förderfähigen Investitionsvolumens begrenzt und beträgt mindestens 1.000 Euro und höchstens 20.000 Euro.

Je antragstellendes Unternehmen können max. 20.000 Euro bewilligt werden. Die maximale Fördersumme kann auch kumuliert durch mehrere Anträge (max. 3) erreicht werden, jedoch nie die maximale Summe von 20.000 übersteigen. In

Ausnahmefällen kann die Summe der Antragstellungen drei überschreiten. Über die Ausnahme entscheidet der Ausschuss.

Die Zuwendung wird nach Abschluss der Maßnahme gegen Vorlage der Originalrechnungs- und Zahlungsbelege sowie der Nachweise der Einrichtung der geförderten Arbeits- und Ausbildungsplätze gewährt.

6. Verfahren

Anträge sind formgebunden

- beim Fachbereich für Wirtschafts- und Strukturförderung der Stadt Mannheim zu stellen.

Mit der Antragstellung ist

- eine Erklärung zur Einstufung als Klein- oder Kleinstunternehmen,
- eine Beschreibung des Vorhabens,
- ein Lebenslauf des Antragstellers sowie eine Selbstauskunft (Bankauskunft),
- eine Aufstellung der zu sichernden bzw. zu schaffenden Arbeitsplätze,
- ein Investitionsplan,
- ein Finanzierungs- und Zeitplan (Durchführungszeitraum),
- ein mindestens zwei Jahre umfassender Liquiditäts- und Umsatzplan, eine Rentabilitätsvorausschau,
- eine Bestätigung über die Gesamtfinanzierung des Vorhabens (Kreditzusage, Eigenkapitalnachweis) sowie
- ein Nachweis über „De-minimis“-Beihilfen, die das Unternehmen in den vorangegangenen zwei Steuerjahren sowie im laufenden Steuerjahr erhalten hat

vorzulegen.

Der Antrag ist vor Beginn der Investitionsmaßnahme zu stellen.

Über die Zuwendungsfähigkeit entscheidet ein Vergabeausschuss. Der Zuwendungsbescheid wird formgebunden und schriftlich durch den jeweiligen Oberbürgermeister, den zuständigen Dezernenten oder durch einen Vertreter des Fachbereichs für Wirtschafts- und Strukturförderung gemäß Zuständigkeitsordnung der Stadt Mannheim erteilt. Auf die Förderung besteht kein Rechtsanspruch.

Geförderte Arbeits- und Ausbildungsplätze müssen mindestens ein Jahr fortbestehen. Die Schaffung und das Fortbestehen für ein Jahr sind nachzuweisen. Bei Nichteinhaltung bzw. -erfüllung der Fördervoraussetzungen ist das begünstigte Unternehmen zur Rückzahlung der gewährten Zuschüsse verpflichtet. Der zu erstattende Betrag ist vom Eintritt der Unwirksamkeit der Förderung an mit fünf Prozentpunkten über dem Basiszinssatz jährlich zu verzinsen. Von der Geltendmachung des Zinsanspruchs kann insbesondere dann abgesehen werden, wenn der/die Begünstigte die Umstände, die zur Rücknahme, zum Widerruf oder zur Unwirksamkeit der Förderung geführt haben, nicht zu vertreten hat und den zu

erstattenden Betrag innerhalb der von der bewilligenden Stelle festgesetzten Frist leistet.

7. Inkrafttreten

Diese Richtlinie tritt am 14.07.2014 in Kraft. Die Richtlinie gilt bis sie durch eine Aktualisierung ersetzt wird, längstens aber bis zum 31.12.2015.